Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Rheine zur Verwendung der
Ausbildungsverkehr-Pauschale gemäß § 11a ÖPNVG NRW vom 05.07.2016
(Vorlage Nr. 235/16)

Präambel

Die Satzung der Stadt Rheine über die Verwendung der Ausbildungsverkehr-Pauschale gemäß § 11 a ÖPNVG NRW wurde vom Rat der Stadt Rheine am 27.03.2012 (Vorlage Nr. 011/12/2) beschlossen und mit Beschluss des Rates der Stadt Rheine vom 05.07.2016 (Vorlage Nr. 235/16) bis zum 31.12.2019 verlängert. Die Satzung, die als sog. allgemeine Vorschrift erlassen wurde, regelt die Einzelheiten zur Weiterleitung der der Stadt Rheine als Aufgabenträger zugewiesenen Ausbildungsverkehrs-Pauschale an die in ihrem Zuständigkeitsgebiet tätigen Verkehrsunternehmen.

Damit die Stadt Rheine ihrer Pflicht gem. § 11a Abs. 2 Satz 2 ÖPNVG NRW zur Weiterleitung der Finanzmittel an die in ihrem Gebiet tätigen Verkehrsunternehmen weiterhin nachkommen kann, ist die allgemeine Vorschrift partiell zu verlängern.

Der Rat der Stadt Rheine hat aufgrund des § 7 Abs. 1 und § 41 Abs. 1 f. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) vom 14.07.1994 (GVNW S. 666) in der zurzeit gültigen Fassung durch Beschluss vom 14.01.2020 die vorgenannte Satzung mit folgender Satzung geändert:

Artikel I

1. Ziffer 1.1 Satz 1 der Satzung wird wie folgt neu gefasst:

Die Stadt Rheine gewährt Zuschüsse nach Maßgabe dieser Allgemeinen Vorschrift auf Grundlage von § 11a Abs. 2 ÖPNVG NRW i.V.m. Art. 3 Abs. 2 VO 1370/2007 sowie den Verwaltungsvorschriften zum ÖPNVG NRW (VV ÖPNVG NRW) in ihrer jeweils aktuellen Fassung.

2. Ziffer 2.1 der Satzung wird wie folgt neu gefasst:

Diese Allgemeine Vorschrift gilt mit Ausnahme des Linienbündels Stadtverkehr Rheine im gesamten Zuständigkeitsgebiet der Stadt Rheine als örtlich zuständige Behörde (geografischer Anwendungsbereich).

3. Ziffer 2.2 der Satzung wird wie folgt neu gefasst:

Sie gilt mit Ausnahme des Linienbündels Stadtverkehr Rheine für alle Straßenbahn-, O-Busverkehr oder Linienverkehre mit Kraftfahrzeugen gem. §§ 42, 43 Nr. 2 Personenbeförderungsgesetz (PBefG) bzw. Art. 2 Nummer 1.1 oder 1.2 der Verordnung (EWG) Nr. 684/92 (einschließlich Nachfolgeregelung) im Anwendungsbereich der Ziffer 2.1. Maßgeblich ist die im jeweiligen Genehmigungsbescheid ausgewiesene Verkehrsform.

4. Folgende Ziffer 2.3 wird eingefügt:

Das Linienbündel Stadtverkehr Rheine wird definiert gemäß dem Nahverkehrsplan des Kreises Steinfurt, Tabelle 56: Linienbündel 2 „Rheine“ (Stand November 2018) und umfasst sämtliche nach ihrer verkehrlichen Funktion zur Versorgung der städtischen Verkehrsbedürfnisse bestimmten Linien.

5. Ziffer 3 lit. c) wird wie folgt neu gefasst:

"Ausbildungsverkehr": Alle Linienverkehre im Sinne von §§ 42, 43 Nr. 2 PBefG bzw. nach Artikel 2 Nummer 1.1 oder 1.2 der Verordnung (EWG) Nr. 684/92 (einschließlich Nachfolgeregelung) im Zuständigkeitsgebiet der Stadt Rheine (mit Ausnahme des Linienbündels Stadtverkehr Rheine), die von Auszubildenden mit Zeitfahrausweisen des Ausbildungsverkehrs genutzt werden.

6. Ziffer 3 lit. d) wird wie folgt neu gefasst:

"Verkehrsunternehmen": Öffentliche und private Verkehrsunternehmen, die Ausbildungsverkehre durchführen und hierzu eine Genehmigung gemäß §§ 42, 43 Nr. 2 PBefG bzw. Art. 2 Nummer 1.1 oder 1.2 der Verordnung (EWG) Nr. 684/92 (einschließlich Nachfolgeregelung), eine einstweilige Erlaubnis nach § 20 PBefG oder die Betriebsführung für einen der genannten Linienverkehre innehaben, mit Ausnahme des Linienbündels Stadtverkehr Rheine.

7. Der zweite Absatz von Ziffer 8.4 entfällt.

8. Ziffer 15.3 wird wie folgt neu gefasst:

Diese Allgemeine Vorschrift tritt rückwirkend zum 01.01.2020 in Kraft und hat eine Laufzeit bis zum 31.12.2021. Die Laufzeit kann durch entsprechenden Beschluss des Rates der Stadt Rheine verlängert oder verkürzt werden.

Artikel II

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.